

NIEDERSCHRIFT Rat/015/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 09.06.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Hans-Joachim Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Helmut Knüwer
Herr Hubert Maas

Entschuldigt fehlen:

Herr Helmut Geuking
Herr Thomas Tauber

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:45 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. **Satzung der Stadt Billerbeck zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen im Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes der Gemeinde Nottuln gem. § 61a Abs. 3 bis 7 LWG NRW**

Herr Fehmer erklärt, dass sich nach der Vorberatung im Betriebsausschuss keine Veränderungen ergeben haben und er an dem mehrheitlich gefassten Beschlussvorschlag mit einer Fristsetzung bis zum 31.12.2012 festhalte.

Herr Spengler pflichtet dem bei und merkt kritisch an, dass im Betriebsausschuss leider aufgrund einer Gegenstimme aus der Mehrheitsfraktion kein einstimmiger Beschlussvorschlag erzielt wurde.

Herr Schlieker appelliert dagegen im Hinblick auf den Grundwasserschutz, die Frist auf den 30.06.2012 festzusetzen.

Herr Dittrich schlägt vor, sich auf den 30.09.2012 zu einigen. Es sei wichtig, zu einer Beschlussfassung zu kommen und die Sache nicht in die Länge zu ziehen.

Frau Dirks äußert, dass sie sich für den 30.06.2012 ausgesprochen habe und sie sich heute der Stimme enthalten werde.

Herr Dr. Meyring betont, dass im Betriebsausschuss ausgiebig diskutiert wurde und schließlich ein Kompromissvorschlag erarbeitet wurde, damit überhaupt eine Satzung erlassen werden könne.

Frau Dirks stellt fest, dass der Vorschlag, die Frist bis zum 31.12.2012 festzusetzen, der weitergehende ist und lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

Die vorliegende Satzung zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen im Wasserschutzgebiet des Wasserwerkes der Gemeinde Nottuln gem. § 61a Abs. 3 bis 7 LWG NRW wird mit der entsprechenden Ergänzung zu § 3 „Durchführung der und Frist für die Dicht-

heitsprüfung“ (Frist bis zum 31.12.2012) beschlossen.

Stimmabgabe: 14 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

3. Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck - Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2010

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die in der Anlage I zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2010 wird genehmigt und festgestellt.
2. Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2010 mit Anhang (Anlage III) wird genehmigt und festgestellt.
3. Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2010 zum Jahresabschluss (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.
4. Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2010 entlastet.
5. Der festgestellte Jahresüberschuss in der Höhe von 269.448,47 € wird in den Gewinnvortrag eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2010 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2010 ausgewiesene Unterdeckung in der Höhe von 4.744,31 € wird in die Kalkulation für das Wirtschaftsjahr 2012 eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

5. 3. Änderung des Bebauungsplanes "Sandweg"

hier: Errichtung eines Marktes für Tier- und Gartenbedarf

Herr Becks verweist auf die ausführliche Vorberatung über die verkehrliche Erschließung im zuständigen Ausschuss. Außerdem habe die Verwaltung klar gestellt, dass die Planung dem Einzelhandelskonzept nicht entgegen stehe. Jetzt könnten sich die Bürger und auch die Behörden im Beteiligungsverfahren zu Wort melden.

Herr Flüchter bezeichnet das Vorhaben als sinnvolle Folgenutzung des Grundstückes, allerdings würde er die Bäcker- und Friseurfiliale lieber in der Innenstadt sehen. Er gehe davon aus, dass die geplante Ampelanlage keine Folgekosten für die Stadt nach sich ziehe und stimme der Pla-

nung zu.

Frau Dirks weist darauf hin, dass ein Friseur an der Stelle auch heute schon zulässig wäre und ein Bäcker traditionell ins Wohngebiet gehöre.

Herr Fehmer stellt heraus, dass man sich erst am Anfang des Verfahrens befinde und am Schluss die vorgebrachten Argumente gewichtet würden. Nach seiner Einschätzung werde die Entwicklung des Grundstückes von allen begrüßt.

Beschluss:

1. Mit dem Antragsteller wird ein städtebaulicher Vertrag zur Übernahme der Planungskosten geschlossen
2. Auf Grundlage des Plankonzeptes wird eine frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt

Stimmabgabe: einstimmig

**6. Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland
hier: Beteiligung der in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen**

Frau Dirks verweist auf die Vorberatungen im Bezirks- sowie im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss. Eine abschließende Beschlussfassung sei heute noch nicht erforderlich; Stellungnahmen zum Regionalplan könnten auch noch im nächsten Sitzungsturnus vorgebracht werden. Ein wichtiger Punkt in der Vorberatung sei das Thema Windenergie gewesen. Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss schlage vor, in der Stellungnahme zum Regionalplan die Ausweisung eines weiteren Wind eignungs bereiches nicht zu fordern, habe aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass er sich einer gemeinsamen Initiative von Bürgern und Investoren zur Errichtung von Windkraftanlagen nicht verschließen werde. Diese sollen dann im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens verwirklicht werden.

Herr Dittrich macht deutlich, dass die SPD-Fraktion aufgrund des Themenumfangs und des zur Fraktionssitzung am Montag nicht vorliegenden Protokolls über die Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung noch Beratungsbedarf habe. Er schlage vor, die abschließende Beschlussfassung erst in der nächsten Ratssitzung vorzunehmen.

Frau Rawe geht davon aus, dass erst in der nächsten Ratssitzung abschließend beraten und beschlossen wird.

Frau Dirks merkt an, dass heute über die bereits diskutierten Punkte abgestimmt werden könnte. Die gesamte Stellungnahme der Stadt werde aber erst nach der abschließenden Beschlussfassung in der nächsten Ratssitzung abgegeben.

Frau Rawe stellt für ihre Fraktion fest, dass sie sich die Ausweisung bzw.

Erweiterung eines Windfeldes vorbehalten möchten. Man dürfe sich für die nächsten 15 Jahre nichts verbauen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Fachausschuss herausgestellt habe, dass mit der Ausweisung eines weiteren Windfeldes auswärtigen Investoren Tür und Tor geöffnet würde und das nicht gewollt sei. Der Ausschuss habe gesagt, dass er sich einer evtl. Bürgerinitiative mit dem Ziel der Errichtung weiterer Windkraftanlagen aber nicht verschließen wolle und diese ggf. im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens ermöglichen wolle.

Frau Rawe betont, dass sie heute nicht ausschließen wolle, dass in 5 Jahren ein neues Windfeld entstehen könne.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass der Regionalplan kein starres Gebilde sei, in dem für die nächsten 15 Jahre alles festgeschrieben werde. Auch ein Zielabweichungsverfahren sei nichts Neues. Wenn aber über den Regionalplan noch einmal in den Ausschüssen beraten werde, dann sollte die Verwaltung hierzu Informationen aus den betroffenen Nachbargemeinden bzgl. der Ausweisung von Windeignungsbereichen einholen.

Frau Dirks fasst schließlich zusammen, dass seitens der Fraktionen auch noch im nächsten Sitzungsturnus Änderungsvorschläge und Stellungnahmen zum Regionalplan vorgelegt werden können. Sie sagt zu, die gewünschten Informationen aus den Nachbargemeinden einzuholen.

7. **1. Änderung des Bebauungsplanes "Oberlau II"** **hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss**

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Gem. § 8 Abs. 2 BauGB wird festgestellt, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
2. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ als Satzung. Es handelt sich um eine textliche Änderung und der Begründung hierzu.
3. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000

(GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

**8. Antrag der FDP Fraktion vom 05.05.2011
hier: Sachklärung von unkonventioneller Gasförderung im Münsterland**

Herr Knüwer erläutert den Fraktionsantrag.

Frau Dirks führt aus, dass bislang der Kreis Coesfeld als nicht betroffen gelte. Geplant seien Probebohrungen in Drensteinfurt, Borken, Lünne und Nordwalde. Zuständig für die Erteilung der erforderlichen Genehmigung sei die Bezirksregierung Arnsberg. Nach ihrer Auffassung müsse der Fraktionsantrag nicht in den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, bei den betroffenen Kommunen bzw. der Bezirksregierung Arnsberg nachzufragen und im Fachausschuss zu berichten.

Herr Schlieker betont, dass ihm das Thema am Herzen liege und er jede neue Information zu dem Thema begrüßen würde. Geärgert habe er sich allerdings über die politischen Stellungnahmen und die Anschuldigungen an die Landesregierung in dem FDP-Fraktionsantrag. Künftig sollten sachliche Anträge gestellt werden.

Herr Dittrich unterstützt die Ausführungen des Herrn Schlieker bzgl. der Formulierung des FDP-Antrages und den Vorschlag der Bürgermeisterin, nähere Informationen einzuholen. Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Abstimmung mit den umliegenden Gemeinden zur Festlegung einer einheitlichen Vorgehensweise sehe er aber kritisch, weil Arnsberg zuständig ist und die Verwaltung bereits genug Aufgaben zu erledigen habe.

In der folgenden Erörterung wird es als notwendig angesehen, das Thema weiter zu verfolgen.

Herr Fehmer weist auf eine am 18.07.2011 in Rosendahl stattfindende Veranstaltung mit einem gut besetzten Podium (u. a. ein Exxon-Vertreter) hin. Eine Einladung zu dieser Veranstaltung ist dieser Niederschrift (**Anlage 1**) beigelegt.

Frau Dirks schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, bei der Bezirksregierung Arnsberg entsprechende Informationen einzuholen und hierüber zu berichten.

Dem Vorschlag wird **einstimmig** zugestimmt.

**9. Antrag der CDU Fraktion vom 16.05.2011
hier: Erhalt der Bäckerei- und Metzgereifiliale im Aldimarkt an der Darfelder Straße**

Frau Mollenhauer begründet den CDU-Antrag.

Frau Dirks erläutert, dass zur Rettung der beiden Filialen an dem Standort weitere Flächen für den Einzelhandel ausgewiesen werden müssten. Dies entspreche aber nicht dem Einzelhandelskonzept. Der Gutachter rate davon ab, weitere Flächen auszuweisen, weil dadurch die Innenstadt geschwächt würde.

Herr Dittrich hält den CDU-Antrag für populistisch. Hätten die CDU-Fraktionsmitglieder seinerzeit gegen die Aldi-Erweiterung gestimmt, hätte man jetzt eine Verhandlungsbasis gehabt. Im Übrigen sei es illusorisch zu glauben, dass Aldi sich aus Billerbeck zurückziehen könnte.

Herr Knüwer spricht sich für den CDU-Antrag aus, weil sich die Bürger eine Nahversorgung wünschten. Nach seiner Meinung sei es nicht notwendig, weitere Flächen für den Einzelhandel auszuweisen, denn eine Bäcker- oder Metzgerfiliale könnte auch in Wohngebieten oder im benachbarten Gewerbegebiet angesiedelt werden. Vor Reifen Darley wäre z. B. noch Platz für entsprechende Geschäfte.

Herr Schlieker pflichtet Herrn Dittrich bei. Wenn die CDU-Fraktion die Nahversorgung der Bürger hätte sichern wollen, hätte sie gegen die Aldi-Erweiterung stimmen müssen. Der Antrag sei zwar ein netter Versuch, aber naiv. Weder ein Bäcker noch Metzger würden ein Interesse haben, sich dort anzusiedeln, weil Aldi deren Angebot selber vorhalten werde.

Herr Maas hält es für dringend erforderlich, den Bürgern den Unterschied zwischen dem Aldi mit dem Bäcker und Metzger und der geplanten Errichtung eines Marktes für Tier- und Gartenbedarf mit einer Friseur und Bäckerfiliale zu erklären.

Herr Fehmer weist darauf hin, dass in der letzten Ratssitzung mit der Zustimmung zu den Aldi-Erweiterungsplänen lediglich der erste Schritt des Verfahrens, nämlich die Bürger- und Behördenbeteiligung eingeleitet wurde. Man könne doch nicht schon im Vorfeld eine Erweiterung ablehnen. Es sei eine Dynamik entstanden, die die CDU mit ihrem Antrag aufgenommen habe, um die Einflussmöglichkeiten der Politik einzusetzen. Die Verwaltung sollte Vertretern von Aldi deutlich machen, dass es ihnen mit dem Vorhaben Bäcker und Metzger in dem Gebäude zu erhalten, ernst ist.

Herr Becks spricht sich für eine Verweisung des Antrages in den zuständigen Ausschuss aus. Dort sollte die Verwaltung klar Stellung beziehen, was möglich ist und was nicht.

Frau Dirks wiederholt, dass an dem Standort bis zu einer Verkaufsfläche von 800 qm Einzelhandel möglich ist. Wenn Aldi auf dieser Fläche einen Bäcker und Metzger integriere, entspreche das dem Einzelhandelskonzept.

Herr Dr. Meyring möchte keine Verhinderungspolitik betreiben, sondern von der Verwaltung alle Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, unter wel-

chen Bedingungen was möglich ist.

Herr Becks stellt den Antrag auf Abstimmung.

Auf Befragen von Frau Dirks gibt es keine Für- oder Gegenrede.
Der Antrag auf Abstimmung wird **einstimmig** angenommen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 16. Mai 2011 wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Mitteilungen

10.1. Mitteilungen des Sozialamtes - Herr Messing

Zur Anfrage des Herrn Geuking in der Ratssitzung am 05.05.2011 nach der Anzahl der SGB II Empfänger, der Plus-Jobber und der Höhe der gezahlten Sozialversicherungsbeiträge der Jahre 2009 und 2010 wird folgendes mitgeteilt:

SGB II Leistungsberechtigte

im Jahr 2009	insgesamt 3.862	Ø 322 Personen monatlich
im Jahr 2010	insgesamt 3.707	Ø 309 Personen monatlich

Plus Jobber

im Jahr 2009	insgesamt 30 Personen
im Jahr 2010	insgesamt 36 Personen

Sozialversicherungsbeiträge

im Jahr 2009	Krankenversicherung	176.413,92 €
	Pflegeversicherung	24.875,75 €
	Rentenversicherung	<u>70.941,55 €</u>
	Insgesamt	272.231,22 €

im Jahr 2010	Krankenversicherung	167.989,51 €
	Pflegeversicherung	24.222,71 €
	Rentenversicherung	<u>70.071,53 €</u>
	Insgesamt	262.283,75 €

10.2. Klageverfahren Hähnchenmaststall in Aulendorf - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht bzgl. der Hähnchenmastanlage in Aulen-

dorf abgelehnt wurde.

11. Anfragen

11.1. Poller zur Absperrung des fußläufigen Bereiches der Münsterstraße - Frau Bosse-Berger

Frau Bosse-Berger weist darauf hin, dass die Poller an der Münsterstraße ständig kaputt seien und damit vielen Zulieferern das Befahren der Fußgängerzone ermöglicht werde. Das nehme inzwischen Ausmaße an, die nicht mehr geduldet werden könnten. Das Gleiche treffe für den Bereich der Eisdiele zu, wenn dort Lieferfahrzeuge rangierten.

Sie erkundigt sich, ob nicht rigorosier hiergegen vorgegangen werden könne.

Frau Dirks teilt mit, dass die umlegbaren Poller an der Münsterstraße einfach umgefahren werden. Derzeit werde nach einer stabileren Absperrmöglichkeit gesucht. Zudem sei der Bezirksbeamte der Polizei auf das rechtswidrige Befahren der Fußgängerzone hingewiesen worden. Außerdem werde recherchiert, wer überhaupt auf die Zufahrt angewiesen ist. Anders stelle sich die Situation an der Eisdiele dar. Ein Anlieger müsse von dort angeliefert werden und bei schönem Wetter werde es vor der Eisdiele schon einmal eng.

Die Verwaltung sei am Ball und suche nach einer Lösung.

11.2. Baum auf der Verkehrsinsel (K 13) im Bereich der Zufahrt Oberlau I - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring bittet die Verwaltung, beim Straßenbaulastträger nachzufragen, ob für den entfernten Baum eine Ersatzanpflanzung vorgenommen wird.

Herr Mollenhauer sagt zu, die entsprechenden Informationen einzuholen.

11.3. Sanierung der L 506 - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, wann das Teilstück der L 506 zwischen Tombrink und der Biogasanlage saniert werde. Die Schäden seien tlw. erheblich.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass er keine genauen Informationen habe, der Landesbetrieb aber bestrebt sei, die Schäden in diesem Jahr zu beheben.

Wenn in diesem Jahr keine Ausbesserung erfolgen sollte, sollten zumindest die Löcher zugemacht werden, so Herr Dr. Meyring.

11.4. Beleuchtung der Oberlau-Brücke - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist darauf hin, dass die Beleuchtung der Oberlau-Brücke zumindest von Montag auf Dienstag nicht funktioniert habe und erkundigt sich nach dem Grund.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

11.5. Bericht in der Presse über das Müllaufkommen - Herr Spengler

Herr Spengler bezieht sich auf einen Pressebericht, wonach sich der geringere Altpapieranteil in Rosendahl negativ auf die Abfallgebühren auswirken soll. Rosendahl sei Schlusslicht in Bereichen wie Altpapier und Altmetall, die über den Weiterverkauf Erlöse brächten, dafür weit vorne im Restmüllaufkommen, das Kosten verursache. Außerdem werde in dem Bericht angeführt, dass der geringe Anteil von Altmetall und E-Schrott in Rosendahl und Billerbeck darauf zurückzuführen sein könnte, dass nur ein gemeinsamer Wertstoffhof mit Coesfeld bestehe.

Herr Spengler fragt nach, ob auch in Billerbeck ein höheres Restmüllaufkommen zu höheren Abfallgebühren führen könnte.

Herr Melzner betont, dass die Müllgebühren in Billerbeck mit die niedrigsten im Kreis Coesfeld seien und durch den gemeinsamen Wertstoffhof Kosten eingespart würden. Auch wenn der Schrott tlw. über private Altmetallsammler entsorgt werde, erhöhe sich dadurch nicht das Restmüllaufkommen.

Herr Melzner sagt zu, im Ausschuss eine Aufstellung der verschiedenen Mengen, auch im Verhältnis zu den Nachbargemeinden, vorzulegen.

11.6. Bäume am Sportzentrum - Herr Flüchter

Herr Flüchter erkundigt sich nach den Ersatzanpflanzungen am Sportzentrum Helker Berg.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass aufgrund des noch nicht genehmigten Haushaltsplanes keine Anpflanzungen vorgenommen werden konnten. Die Bäume würden nun in der nächsten Pflanzperiode gepflanzt.

11.7. Neue Straßendecken in der Innenstadt - Herr Brockamp

Herr Brockamp führt an, dass lt. Mitteilung der Verwaltung die Straßen in der Innenstadt bei offenem Wetter eine neue Decke erhalten sollten. Das Wetter sei schon lange offen, deshalb wolle er wissen, wann mit den Arbeiten begonnen werde.

Herr Mollenhauer berichtet, dass die Verwaltung am Ball sei. Die Arbeiten

würden im Rahmen der Gewährleistung ausgeführt.

11.8. Liste über offene Anfragen - Herr Brockamp

Herr Brockamp vermisst die von der Verwaltung aktualisierte Liste über offene Anfragen.

Frau Dirks teilt mit, dass diese Liste immer der Ratsniederschrift beige-fügt werde (**Anlage 2**).

11.9. Versand der Niederschriften - Herr Becks

Herr Becks führt an, dass die Mitglieder der CDU- und SPD-Fraktion am vergangenen Montag Fraktionssitzung gehabt hätten. Die Niederschrift über die letzte Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung hätten sie aber erst am Dienstag erhalten. Er fragt kritisch nach, ob den Fraktionen die Niederschriften über die vorberatenden Ausschüsse nicht rechtzeitig zu den Fraktionssitzungen zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Dirks sagt zu, die Niederschriften wenn möglich rechtzeitig den Fraktionen zuzuleiten.

Herr Messing bittet die Fraktionen um Mitteilung, wann die Fraktionssitzungen stattfinden.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass es gut wäre, wenn die Sitzungen entzerrt würden, so dass die Niederschriften zur Ratssitzung auch rechtzeitig erstellt werden können.

12. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Herr Aloys Robert, Esking 39, erkundigt sich unter Bezugnahme auf den vorangegangenen Tagesordnungspunkt „Fortschreibung des Regionalplanes“, ob es richtig sei, dass in Billerbeck ein Windfeld ausgewiesen ist und zurzeit keine weiteren vorgesehen sind.

Diese Frage wird von Frau Dirks bejaht. Der Ausschuss schlägt vor, im Regionalplan kein weiteres Windfeld auszuweisen. Wenn aber Bürger oder Investoren Windkraftanlagen errichten wollen, werde geprüft, ob dies evtl. im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens möglich ist.

Ein Teil der anwesenden Bürger macht deutlich, dass sie kein zusätzliches Windfeld wollen.

Herr Detlef Mallmann, Rathausstraße schildert, dass er bei der Verwaltung nachgefragt habe, ob vor seinem Wohn- und Geschäftshaus eine zeitlich begrenzte Parkzone eingerichtet werden könne. Er habe darauf hingewiesen, dass es in der Innenstadt sehr unterschiedliche Beschilderungen der Parkmöglichkeiten im Bereich von Geschäftslokalen gebe.

Sein Ansinnen sei von der Verwaltung mit einer ausführlichen Begründung, die er nicht nachvollziehen könne, abgelehnt worden. Ihm werde sogar empfohlen, einen im Bereich seiner Grundstückszufahrt von der Stadt gepflanzten Baum zu fällen. Er schlage vor, die Situation vor Ort in Anwesenheit der Polizei und der Ratsmitglieder zu besprechen.

Frau Dirks erläutert, dass Herr Mallmann angeführt habe, dass die Parkflächen vor seinem Wohn- und Geschäftshaus zu den Geschäftszeiten häufig zugeparkt seien, so dass seine Kunden keine freien Parkplätze vorfänden. Bei Überprüfungen seien dort aber immer freie Parkplätze festgestellt worden. Deshalb wurde keine Notwendigkeit für die Ausweisung einer zeitlichen Parkbegrenzung gesehen.

Hinsichtlich des Baumes habe Herr Mallmann auch Sichtbehinderungen durch den Baum angeführt. Eine Überprüfung habe ergeben, dass der Baum zwar von der Stadt gepflanzt wurde, sich aber auf dem Grundstück des Herrn Mallmann befinde und er deshalb mit dem Baum machen könne was er wolle.

Herr Mallmann erklärt, dass er die Ausführungen der Bürgermeisterin zur Kenntnis nehme, sich hiermit aber nicht zufrieden geben könne.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin